

## „Deutschkönnen“: Exklusion statt Inklusion (2013)

---

Gero Fischer

Deutschkönnen als Instrument der Repression - Kontrolle und Segregation - Deutsch als Bringschuld der Zuwanderer - Deutschkenntnisse als Maß für die Teilhabe an der Gesellschaft - Paternalismus und autoritäre Nötigung - Deutsch und die Sprachen der „Anderen“

### Vorbemerkung

Dass Ayses IQ im österreichischen Durchschnitt liegt und sie ausgeprägte Talente in Richtung technisches Verständnis besitzt, bleibt schon deswegen ohne Folgen, weil sich niemand dafür interessiert. Ayse, so hat es ihr ganzes Schulleben lang geheißt, soll »zuerst einmal ordentlich Deutsch lernen«. Dass Ali grafisch begabt ist und mit einem anderen Elternhaus vielleicht auf einer Grafischen oder Kunstakademie landen würde, bleibt ohne Folgen. Okay, er zeichnet schön, aber »zuerst soll er einmal ordentlich Deutsch lernen«. Dass Mehments Verhaltensauffälligkeit mit den ständigen Arbeitsplatzproblemen seines Vaters zu tun hat und er deswegen nur jeden zweiten Tag zur Schule kommt obwohl unter seinem Lockenschopf ein mathematisches Naturtalent sitzt, nehmen die Lehrerinnen zur Kenntnis. Er bekommt in Mathe keinen SPF, obwohl er die einfachsten Textrechnungen nicht lösen kann.

Aus: Niki Glattauer, Die PISA-Lüge. Wie unsere Schule wirklich besser wird. Wien, 2011

„Integration“ ist im aktuellen politischen Diskurs ein hochfrequenter Begriff, der meist dann negativ konnotiert ist, wenn auch Immigration als Störung des Normalzustandes angesehen wird. Es geht nicht darum die Problematik klein zu reden sondern zu differenzieren. Die Fixierung auf Problemzonen verstellt den Blick auf die überwältigende Mehrheit der Zuwanderer; denen – aus eigener Kraft – die Integration geglückt ist.

Allgegenwärtig ist das Lamento: Die Migrantenkinder versauen uns diverse Rankings, drücken generell das Niveau in den Schulen etc. Herangezogen werden Schulabbrecherquoten, PISA-Ergebnisse, ernüchternde Ergebnisse bei Bildungsstandardstestungen, mangelnde Durchlässigkeit etc. Diese Befunde erlauben auch in der Tat keine euphorischen Einschätzungen – der Leistungen des österreichischen Bildungswesens. Alle diese Ergebnisse machen klar: In unserem Bildungssystem stellt die soziale / ethnische Herkunft einen Risiko- und Diskriminierungsfaktor dar. Medien und Politik versuchen die Ergebnisse zu schönen, indem sie die „Migranten“ herausrechnen. Damit stellen sie aber letztere an den Pranger und machen sie zu den Schuldigen, weil sie „unsere“ Schulstatistiken so versauen. In Wirklichkeit ist jedoch unser Bildungswesen gefordert für alle Schüler, unabhängig von ihrer Herkunft die Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen, dass ihre Ausbildung barrierefrei, d.h. ohne Diskriminierung ermöglicht wird.

In den 80-er Jahren gab es vor allem in Wien eine Reihe von Initiativen und Schulversuchen, wo interessante innovative interkulturelle Unterrichtsmodelle erprobt wurden und damals die Bildungspolitik durchaus geneigt schien, einige dieser Erfahrungen in das Regelschulwesen zu übernehmen. Nicht nur Wirtschaftskrisen haben diese Ansätze zum Erliegen gebracht sondern auch zwei politische Faktoren: Das Ende des Kalten Krieges und die Politik des Ausbaus der „Festung EU“<sup>1</sup>. Diese Gesamtkonstellation förderte eine deutliche Tendenz der Zunahme von Intoleranz gegenüber „Fremden“ und machte entsprechende Umgangsformen ihnen gegenüber gesellschaftsfähig, vielmehr noch in den letzten 10 Jahren haben sich im öffentlichen (politischen) Diskurs Formen offener Xenophobie und unverhüllter Rassismus weitgehend „rehabilitiert“. Politiker – anfänglich erst rechte dann auch zunehmend sozialdemokratische – sprechen definitive Urteile über „Multikulti“-Modelle, die ihrer Ansicht nach gescheitert seien

---

<sup>1</sup> Vgl: Jürgen Gottschlich - Sabine am Ode (Hg.): Europa macht dicht. Wer zahlt den Preis für unseren Wohlstand? Frankfurt 2011

und machen sich zunehmend stark für Druck und Zwang gegenüber Zuwanderern im Zusammenhang mit integrativen Maßnahmen. Hardliner haben es offensichtlich angelegt, mit ständig schikanöser werdenden Aufenthaltsgesetzen Zuwanderern das Leben schwer zu machen bzw. ihnen den Aufenthalt in Österreich überhaupt zu vermiesen. Leben in Absurdistan: So müssen Personen, um Erlaubnis für einen Aufenthalt in Österreich ansuchen, die schon hier geboren wurden und nie in einem anderen Land gelebt haben, sie haben keinen Anspruch auf Aufenthaltsrecht bzw. im Gegenteil sie haben gute Chancen, ausgewiesen zu werden. Im herrschenden öffentlichen Diskurs stellen sich Immigration als notwendiges Übel und Zuwanderer als Störfaktor der vorgeblich heimischen Harmonie dar. Da ist es nur logisch, dass Zuwanderung als Problemfeld dargestellt wird, wobei die Zuwanderer als Bringschuld eine Reihe von Verpflichtungen wie „Deutschpflicht“, „Integrationspflicht“ u.a. zu leisten haben. Der Kommunikationsstil, in dem den Zuwanderern diverse Pflichten vermittelt werden, macht deutlich, dass sie hier bestenfalls geduldet sind: Die Zuwanderer haben sich gefälligst so und so zu verhalten. Wie diese „Deutschpflicht“ auch als willkommenes Instrument für Marginalisierung, Ausgrenzung und Schikanen gegenüber den „Migrationsanderen“ fungieren kann, sei zumindest durch folgenden Vorfall belegt:

Oberösterreich Streit um Deutschtests für ausländische Mieter

Wels – Angehörige von Drittstaaten müssen Deutschkenntnisse nachweisen, wenn sie in Wels eine geförderte Mietwohnung beziehen wollen. Seit dieser Woche sei die Verordnung in Kraft, teilte Wohnbaustadtrat Andreas Rabl (FPÖ) mit, Bürgermeister Peter Koits (SPÖ) hat unterdessen angekündigt, diese Verordnung wieder außer Kraft setzen zu wollen. Das Magistratspersonal habe er bereits angewiesen, die Überprüfung der Deutschkenntnisse nicht durchzuführen. (Standard, 16.2.2011)

Wohnungsvergabe auch ohne Deutschtest

Der Welser Stadtsenat hat die von der FP angedachten Deutschtests als Voraussetzung für die Vergabe geförderter Wohnungen gestoppt. Bürgermeister Peter Koits äußerte „rechtliche Bedenken“, außerdem würden die Tests „keine spürbaren Verbesserungen im Zusammenleben“ bringen. Der freiheitliche Stadtrat Andreas Rabl spricht von Integrationsproblemen in Wels und hält an seinem Vorschlag fest. Er bekommt Unterstützung durch FP-Landesrat Manfred Haimbacher, der die Regelung im ganzen Land durchsetzen möchte. (Standard 4.3.2011)

Das Fatale daran: Ist einmal ein solcher Vorschlag auf dem Tisch, dann finden sich auch bald Nachahmungstäter, so in Vorarlberg, wo ÖVP und FPÖ „Deutsch als Kriterium für Wohnungsvergabe“ beschließen<sup>2</sup>. Die Politiker sind schlüssige Begründungen schuldig geblieben, die unzweideutig belegen, dass die Verbindung des Nachweises von Deutschkenntnissen und der Vergabe von öffentlich geförderten Wohnungen (in der Regel Gemeindewohnungen) etwas anderes sein soll als offene Diskriminierung und Ausschließung von Nicht-EU-Ausländern – diese sind die Hauptzielscheibe xenophober und rassistischer Scharfmacherei. Integrationsfördernd sind diese Maßnahmen keineswegs. Um es klar zu stellen: Deutschkenntnisse sind für das Leben im deutschsprachigen Umfeld absolut notwendig, es ist aber unzulässig kurzschlüssig, sie mit Integration schlechthin gleichzusetzen. Wichtig ist festzuhalten, dass politisch und populistisch artikulierter Scharfmacherei exemplarische Menschlichkeit „an der Basis“ gegenüber steht: Einige Kilometer von Wels entfernt (um in der Region zu bleiben) wurde schon vor vielen Jahren in einem Kloster der Benediktinerinnen ein bosnischer Moslem als Mesner eingestellt. Auch der jährlich vergebene Integrationspreis<sup>3</sup> zeugt als Kontrapunkt zum populistischen Mainstream von einer hoffnungsvollen Vielfalt innovativer und kreativer integrationsfördernder Initiativen.

Gefangen in der Sprache und den Denkmustern des herrschenden Integrationsdiskurses

---

<sup>2</sup> Standard, 1.7.2011: Pilotprojekt: Nach Sprachtest zum Wohnungsamt.

<sup>3</sup> [http://integrationspreis.orf.at/show\\_content.php?hid=1](http://integrationspreis.orf.at/show_content.php?hid=1)

Das Hauptproblem des öffentlichen „Integrationsdiskurses“ ist die semantische Frage, was eigentlich unter „Integration“ zu verstehen ist. Meist ist damit Anpassung an eine fiktive Norm gemeint, nämlich wie Terkessidis<sup>4</sup> treffend bemerkt, dass die Zuwanderer „so werden wie wir glauben, dass wir sind“. Das würde wiederum danach verlangen, sich mit Kermani<sup>5</sup> die Frage zu stellen, „Wer ist Wir?“. Dann können wir uns der Frage zuwenden, Wer ist „Migrant“ / „Zuwanderer“ / „Ausländer“ und für wie lange (d.h. wie viele Generationen lang ist die Zuwanderungsbiografie ein Stigma)? Mehreren Fragen gilt es hier nachzugehen:

❖ Asymmetrie der Begriffe

Den Integrationsdiskurs dominiert eine Herrschaftssprache, mit einer sich Widerspruch verbittenden Terminologie. In diesem Sinne „eindeutig“ werden Begriffe wie „Wirtschaftsflüchtling“, „Parallelgesellschaft“ verstanden, aber immer häufiger erhalten Begriffe, die per se neutral sind, wie „Ausländer“, „Asylant“ u.a. im aktuellen Diskurs einen tendenziell negativen Beigeschmack. Der Integrationsdiskurs ist schon längst auf eine rein emotionale Ebene geraten, die Semantik der Sprache wird nicht mehr reflektiert, Wörter werden zu Schlagwörtern (nicht selten im wörtlichen Sinn). Häufig haben wir es mit dem Phänomen der asymmetrischen Wahrnehmung zu tun, wie z.B. bei den sog. „Parallelgesellschaften“ (insbesondere in Deutschland und Österreich), deren Negativbild immer nur den „Anderen“ zugeschrieben wird. „Parallelgesellschaften“ gelten im Mainstream des medialen Diskurses als strukturelle Integrationsverweigerung und im Extremfall als Biotop für die Entstehung von Terrorismus. Die deutschen, österreichischen und allgemeiner die europäischen Gettos (insbesondere die „gated communities“) in Spanien, Brasilien, Tunesien etc. kommen nicht in den Blick, obwohl sie Parallelgesellschaften par excellence darstellen mit allen typischen Ingredienzien: Die Insassen haben kaum Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung, sind vielmehr von ihr abgeschirmt, haben oft nicht einmal rudimentäre Kenntnisse der einheimischen Sprachen, auch architektonisch sind diese Communities nicht integriert in das kulturelle Umfeld, etc. Nüchtern betrachtet ist jedoch der Begriff der „Parallelgesellschaft“ bezogen auf die Zuwanderer keineswegs so eindeutig negativ zu interpretieren: So sieht Daimagüler<sup>6</sup> die Parallelgesellschaft als Katalysator, als „Durchlauferhitzer für Menschen, die Orientierung und Hilfe in ihrem neuen Leben brauchen. Allerdings darf die Existenz von Parallelgesellschaften kein generationenübergreifender Dauerzustand werden“.

Ähnlich differenziert ist auch im Falle des vorwiegend pejorativ gebrauchten Begriffes „Wirtschaftsflüchtling“ vorzugehen, dieser wird grundsätzlich auf die „Anderen“ bezogen und schließt „Uns“ gewissermaßen aus. Diese „Anderen“ „kommen ja nur zu uns, um an unseren besseren wirtschaftlichen Verhältnissen zu partizipieren...“ Der zu Grunde liegende Sachverhalt ist aber durchaus vergleichbar mit dem, wenn „wir“ uns z.B. in den USA bessere Einkommensmöglichkeiten versprechen und uns dort niederlassen, d.h. letztlich den zu Hause herrschenden Wirtschaftsverhältnissen entfliehen.

❖ Mononationale Wahrnehmungsblockaden

Der öffentliche Migrationsdiskurs – insbesondere im Boulevard – ist geprägt durch ein hohes Maß an Emotionalität, die rationale, auf empirischen Erkenntnissen basierenden Argumenten das Wasser abgräbt. Populistische Akteure plakatieren mit vereinfachenden Erklärungsmustern – manche oberflächlich wissenschaftlich kamoufliert – Fremdheit und ihrer vorgeblichen Inkompatibilität mit dem „Heimischen“ und schreiben die Gefahr einer drohenden „Überfremdung“ fest. Folglich verhindert diese Abwehrhaltung einen offenen Umgang mit dem Phänomen Migration, erschwert den Prozess, an dessen Beginn der Zuwanderer / Migrant und

---

<sup>4</sup> Mark Terkessidis: Interkultur. Berlin, 2010, S. 66

<sup>5</sup> Navid Kermani, Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime. München, 2009

<sup>6</sup> Mehmet Gürcan Daimagüler: Kein schönes Land in dieser Zeit. Das Märchen von der gescheiterten Integration. Gütersloh, 2011, S. 112

am Ende der Mitbürger steht, be-/verhindert aber auch einen nachhaltigen Umgang mit Vielfalt / diversity. Die Problematik liegt darin, dass durch diese argumentative Perhorreszierung die notwendige Perspektive der Gemeinsamkeit einer gemeinsamen Zukunftsbewältigung, Veränderung und Gestaltung der Gesellschaft verstellt wird. Wird Ausgrenzung populistisch ausgeschlachtet, so werden Zuwanderer das Stigma des Nichtdazugehörens nicht los. Gelten aber Unterschiede als konstantes Kriterium, so ist es auch „Fremdheit“, diese wird man immer attestieren können, wenn man die Messkriterien dafür entsprechend adjustiert (z.B. an den Deutschkenntnissen).

Wahrnehmungen und Einschätzungen entlang mononationaler Schemata und Muster sind nicht nur Populismus und Politik eigen sondern auch in der Wissenschaft vertreten: Beck-Gernsheim kritisiert den „mononationalen Blick“, der in der deutschsprachigen Migrationsforschung (und benachbarten Disziplinen) immer noch dominiert, außerdem prangert sie den hier vielfach regierenden „naive[n], kulturblinde[n] Positivismus“ an<sup>7</sup>. Das hängt u.a. auch damit zusammen – ähnlich wie in der Pädagogik – dass immer noch viel zu wenige „Migrationsandere“ in Forschung und Lehre (aller Schultypen) tätig sind. Das ist mit ein Grund, warum sich bisher ein hegemonialer Diskurs der Mehrheit über die Minderheit von innen weitgehend unangefochten halten kann.

#### ❖ Einschätzung der Integrationsbemühungen

Die Frage, ob die bisherigen Integrationsbemühungen ein Erfolg oder ein Misserfolg sind, bestimmt den öffentlichen Diskurs und die Antwort ist eher negativ besetzt. Das massenmedial werden gerne Zerrbilder von Zuwanderern präsentiert, die kaum über Deutschkenntnisse verfügen, in sich abschottenden Parallelgesellschaften leben, generell bildungsfeindlich sind, ihre Frauen unterdrücken, ihre Kinder in arrangierte Ehen zwingen, und als Fundamentalisten Keimzellen für den Terrorismus darstellen etc. Es ist hingegen eine differenzierte Sichtweise notwendig. In Wirklichkeit treffen diese problematischen Phänomene nur für einen sehr kleinen Teil der Zuwanderer zu. Dagegen kann man auf zahllose überaus respektable Karrieren verweisen, die diesen negativen Pauschaleinschätzungen – hier Spitzenkarriere da Ausländergetto – nicht entsprechen. Zwischen diesen Extremen ist selbstverständlich viel Platz. Die Frage ist wohl eher, was tut die Aufnahmegesellschaft, die angesprochenen Negativkarrieren zu verhindern und welche Hilfestellungen werden den Zuwanderern angeboten? Gilt die Formel „Integration“ gleich Bringschuld der „Migrationsanderen“?

#### ❖ Diskurskontinuitäten: „Wir und die anderen“ / „Das Eigene und das Fremde“

Vor 30 Jahren verfassten 16 rechtslastige Universitätsprofessoren (veröffentlicht am 17. 6. 1981 in der Deutschen Wochenzeitung) – das „Heidelberger Manifest“, das die Ausländerfeindlichkeit quasi auf „wissenschaftliches Niveau“ hob. Diese rechtsradikale Kampfschrift, in der u.a. von der „biologischen Vernichtung der Deutschen“ phantasiert wird, war (und ist heute noch) geeignet für entsprechende Pogromstimmung Munition zu liefern. Dieser Text ist nichts anderes als „wissenschaftlich verkleideter Rassismus“<sup>8</sup>, sprachlich modernisiert, d.h. vom anrühigen völkischen Jargon der NS-Zeit gereinigt und an zeitgemäße soziologische und kulturwissenschaftliche Sprache angepasst, sodass darin selbst die Frankfurter Rundschau (26.2.1982) eine „akzeptable Diskussionsgrundlage“ zu erblicken vermochte. Vieles was damals formuliert wurde, findet sich heute hinsichtlich Argumentation und Begriffswahl in Thilo Sarrazins Kampfschriften, bei dessen Nachbetern im Boulevard und bei populistischen politischen Parteien und Gruppierungen. Hier ist allerdings nicht der Platz, diese Diskurse in Österreich und in Deutschland historisch nachzuverfolgen.

---

<sup>7</sup> Elisabeth Beck-Gernsheim: Wir und die Anderen. Frankfurt, 2004 S. 166

<sup>8</sup> Claus Burgkart: Das „Heidelberger Manifest“ – Grundlage staatlicher Ausländerpolitik? In: Rolf Meinhardt (Hg.): Türken raus? Oder Verteidigt den sozialen Frieden. Reinbek 1984, S. 141 - 161

Das historisch gewachsene mononationale Selbstverständnis prägt auch die Selbstverständlichkeit des „Wir“. Wer ist aber „Wir“? Navid Kermani hat im Zusammenhang mit dem Diskurs um den Islam in Deutschland diese Frage gestellt.<sup>9</sup> Klare Antworten oder Definitionen für das „Wir“ gibt es nicht, sie müssen auch in Österreich vage bleiben, weil es den „typischen“ Österreicher, „Deutschen“ etc. nur als Fiktion, als Konstrukt gibt. Aber so viel ist klar: Der „Wir“-Begriff schließt dem allgemeinen Selbstverständnis nach Menschen mit Migrationshintergrund aus, bzw. „wir“ d.h. die Einheimischen, beziehen die „Anderen“ aus unserem Selbstverständnis heraus auch nicht mit ein. Diesem exklusiven Verständnis entspricht die – selbstverständlich gewordene – Nichtgleichberechtigung der „Anderen“ in vielen gesellschaftlichen Belangen. Diese mangelnde Gleichheit äußert sich in Ausgrenzung, Abdrängen ins Nebeneinander, in parallele Existenz. Das exklusive „Wir“ bedeutet z.B. „unser“ Ignorieren „ihrer“ Integrationsleistung, des kulturellen Beitrages der „Anderen“ und durchwegs fehlende Empathie. Das Konzept des exklusiven „Wir“ erleichtert es, die Zuwanderer als Eindringlinge in eine imaginierte, idealisierte harmonische Welt zu betrachten, die diese nun aus dem Gleichgewicht zu bringen drohen. Unter diesen Prämissen wird Zuwanderung dann als Störfaktor wahr genommen.

„Wir“ wäre aber heute vordringlich im europäischen Sinn zu verstehen, d.h. das Konzept des „Wir“ ist auf jeden Fall nationenübergreifend – im Sinne von „wir Europäer“ – den humanistischen Traditionen von Demokratie und Menschenrechten zu verpflichten. Im Augenblick erleben wir allerdings in Europa verbreitet im Gegenteil sich verstärkende reaktionäre Tendenzen der Renationalisierung, der Separation und Abgrenzung (alle Spielarten des Rassismus mit eingeschlossen). Inklusives Wir korreliert mit Integration und impliziert Empathie und Solidarität. Exklusives Wir korreliert mit Herstellung von Distanz und Ausgrenzung. Dazu eine kurze Reflexion über „unser“ Verhältnis zu „unserem“ Nachbarn Slowakei, eine kurze Momentaufnahme aus der Wendezeit (1989/90):

- Damals verteilte der Generalsekretär der ÖVP im Zentrum von Bratislava Gratis-Bananen, was von den „Eingeborenen“ – was Wunder – durchaus zwiespältig aufgenommen wurde.
- Etwa zur selben Zeit starteten österreichische Boulevardmedien eine Schulbuchsammelaktion für die Schüler in der Slowakei, um sie geistig für „Europa“ aufzurüsten oder so ähnlich. Die Bücher waren für die slowakischen Bedürfnisse unbrauchbar, wegen der sprachlichen Barrieren, der inhaltlichen Inkompatibilität mit den slowakischen Lehrplänen etc. Eine insgesamt sinnlose Aktion, die bestenfalls als Altpapierentsorgung mit PR-Charakter qualifiziert werden kann.

Nicht nur aus diesen Beispielen Dominanz wird ersichtlich, dass oftmals Paternalismus das Verhältnis zu den „Anderen“ – Zuwanderern wie (Bürgern aus den) Nachbarländern bestimmt. Besonders auffällig zeigt sich dieses Verhalten auch in der oft zu beobachtenden Respektlosigkeit gegenüber „Migrationsanderen“, die sich in der von den „Einheimischen“ verinnerlichten Wertehierarchie widerspiegelt, wonach sich die „Fremden“ per se keineswegs auf gleicher Augenhöhe mit „uns“ befinden: Wer nicht Deutsch kann, den erlaubt man sich unautorisiert zu duzen oder wie ein unmündiges Kind zu behandeln. Zuwanderern schlägt selten Empathie entgegen, viel eher kompaktes Misstrauen und Geringschätzung. Menschen mit „fremdem Äußeren“, „denen man schon ansieht, dass sie von wo anders herkommen“, treffen bei „Einheimischen“ oft auf offene Ablehnung und Abwehrhaltung (die auch in den österreichischen Fremdenengesetzen ihre Entsprechung gefunden haben). Seit der Ostöffnung und insbesondere seit der EU-Erweiterung beginnen zumindest gegenüber den direkten osteuropäischen Nachbarn nun doch einige Stereotype allmählich zu verblassen. Traditionell stammt das Gros der Zuwanderer nach Österreich aus Ost- und Südosteuropa, deren Sprachen und Kultu-

---

<sup>9</sup> Navid Kermani: Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime. München 2009

ren entsprechend der landläufigen kollektiven Meinung als nicht gleichrangig bzw. gleichwertig einzuschätzen sind. Die Abwehr und Abgrenzung des Fremden sowie Besitzstandswahrung und Kampf gegen Kontrollverlust finden als Kulturkampf in überhöhten Überfremdungsängsten ihren Niederschlag. Hinter den Kampfrhetoriken verbirgt sich nicht selten Unsicherheit bezüglich der eigenen Identität ebenso wie Angst und Unwille, sich auf andere Identitäten einzulassen. Das Verhältnis von Einheimischen und Zuwanderern ist jedoch über Generationen gesehen keine Konstante. Die Akzeptanz des ursprünglich „Fremden“ kann, wie etwa die Erfahrungen mit der tschechischen Zuwanderung nach Wien zeigen, so selbstverständlich werden, dass z.B. auch tschechische Familiennamen (mehr oder weniger an die deutsche Orthographie angepasst) heute nicht mehr als „fremd“ sondern als „wienerisch“ empfunden werden. Politisch waren die tschechischen Institutionen (Schulen, Vereine etc.) bis 1918 heftig umstritten und wurden von deutschnationalen Agitatoren heftigst bekämpft. Aus heutiger Sicht erscheint uns z.B. der damals hitzig geführte Schulkampf (es ging um Tschechischunterricht an Wiener Schulen, Anerkennung der Zeugnisse etc.) kaum mehr nachvollziehbar. Andererseits sind die Formen der Auseinandersetzungen von damals von den aktuellen Diskursen nicht so weit entfernt, wenn wir z.B. an den Eiertanz um die Frage eines Türkisch-Lehramtes, des Türkischunterrichts in den Schulen etc. denken. Erst vor zwei Jahren (nach Jahrzehnte langem Stillstand und Blockierungen in der Frage) konnte ein Lehramtsstudium für Slowakisch und Polnisch an der Universität Wien eingerichtet werden – immerhin handelt es um Sprachen von Nachbarn und EU-Mitgliedsländern ... Und als großes Ereignis muss eingeschätzt werden, wenn an einer HAK in Wien seit Kurzem das Unterrichtsfach BKS als Fremdsprache angeboten wird.

### Populistische Simplifizierungen

Monolingualität scheint manchen Konzernchefs, Bürokraten, Politikern immer noch (oder schon wieder?) ein erstrebenswerter Zustand zu sein. Dabei kommt Sprache als Macht- und Kontrollinstrument voll zur Entfaltung. Dazu gehört z.B. die ausgesprochen diskriminierende Praxis, wonach die Verwendung von Migrantensprachen durch das Personal in manchen Großkaufhausketten im Gespräch mit migrantischen Kunden betriebsintern verboten ist. In anderen Ländern ist Ethnomarketing schon längst eine Selbstverständlichkeit.<sup>10</sup>

Mag in Konzernen eine gewissermaßen schwer zu akzeptierende stromlinienförmige Betriebsphilosophie herrschen, im Bildungswesen wäre hingegen eine differenzierte und vor allem wissenschaftlich fundierte Haltung angesagt. Das betrifft die aktuelle Neuregelung für Schulanfänger in Wien<sup>11</sup>: „... mit der 1. Klasse Volksschule dürfen nur jene Kinder beginnen, die über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Alle anderen werden in Vorschulklassen gefördert.“ Das klingt irgendwie harmlos im Gegensatz zum Wortlaut der Stadtschulratspräsidentin von Wien (die für die entsprechenden Weichenstellungen verantwortlich ist): „Wer nicht versteht, was gesagt oder geschrieben steht, hat in der Schule keine Chance“<sup>12</sup>. Die Stadtschulratspräsidentin müsste es eigentlich besser wissen, gerade in Wien wurden in den 90-er Jahren in durchaus erfolgreichen und international beachteten Schulversuchen Erfahrungen mit der Integration von nichtdeutschsprachigen Kindern gemacht.<sup>13</sup> Die Leitidee war damals Inklusion, den Kindern wurden vielfältige Hilfen zuteil – Begleitlehrer, muttersprachliche Zusatzlehrer udgl. – sodass sie es selbstverständlich schafften, in der Grundschule meistens schon innerhalb der ersten beiden Schuljahre auf Deutsch alphabetisiert zu werden und die Unterrichtssprache zu erlernen. In der Frühzeit der Beschulung von Kindern mit nicht-

---

<sup>10</sup> Manuel Bräuhöfer: Ethnomarketing in Österreich. Das Praxishandbuch. Verlag Holzhausen, 2011  
Matthias Wilken: Ethno-Marketing. Erfolgreiches Marketing für eine multikulturelle Gesellschaft. VDM Verlag 2004

<sup>11</sup> Presse 5.1.2012, S. 24

<sup>12</sup> Presse 5.1.2012, S. 24

<sup>13</sup> Vgl. Schulversuch muttersprachliche Alphabetisierung VS Kindermannngasse. Bericht BMUK 1992

deutscher Muttersprache war es üblich, Kinder auf Grund von mangelnden Deutschkenntnissen in Sonderschulen zu verbannen. Diese diskriminierende und (sprach)pädagogisch nicht zu rechtfertigende Praxis wurde nicht zuletzt auf Grund von Protesten der Entsenderländer eingestellt.

Es ist grundsätzlich falsch die Entscheidung über die Schulreife vorwiegend an den Deutschkenntnissen festzumachen bzw. diese zum Hauptkriterium für die Einschulung zu machen. Bei Schulanfängern müssen auf jeden Fall die muttersprachlichen Voraussetzungen in das Kalkül einbezogen werden, um feststellen zu können, ob ein Kind die geistige Reife erlangt hat, in die Grundschule aufgenommen werden zu können. Selbstverständlich sind damit Direktoren bzw. Klassenlehrer überfordert, damit hier korrekte Entscheidungen getroffen werden, wird man verstärkt auf entsprechend ausgebildete Fachkräfte der betroffenen Muttersprachen heranziehen müssen. Diese Fairness ist das österreichische Bildungswesen den Kindern mit Migrationshintergrund schuldig.

Große Erwartungen werden in die in hoch im Kurs stehenden Sprachstandsmessungen gesetzt, die objektive Entscheidungsgrundlagen liefern sollen. Eine Expertentagung<sup>14</sup> zum Stand der Sprachstandsdiagnostik hat Analysen präsentiert, die belegen, dass der größte Teil dieser Verfahren weder ausgereift (insbesondere was den Mangel an geeigneten Instrumenten zur Diagnose förderrelevanter sprachlicher Kompetenzen betrifft), noch generellen Qualitätsstandards (Objektivität, Reliabilität und Validität etc.) entspricht – ein im Grunde vernichtendes Urteil. Da die Diagnostik auf mehr als schwachen wissenschaftlich fundierten Beinen steht, sind von der Förderpraxis keine Wunder zu erwarten. Die aktuelle Einschulungsphilosophie geht davon aus, dass in der Vorschule (und im Kindergarten) eine entsprechende sprachliche Förderung der Standard wäre – das ist keineswegs der Fall, wie nicht nur Lokalausweise und Erfahrungsberichte bezeugen<sup>15</sup>. Das in den genannten Institutionen pädagogische Personal ist hinsichtlich der sprachdidaktischen Anforderungen – Deutsch als Zweitsprache, Deutschunterricht mit Nichtdeutschsprachigen, Umgang mit Bilingualismus, Halbsprachigkeit etc. – so gut wie nicht ausgebildet (selbst in der Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen stellt Migrationspädagogik im weitesten Sinne eine ausgesprochene Marginalie dar). Von daher ist ein von Politikern gefordertes verpflichtendes zusätzliches Kindergartenjahr unter den gegenwärtigen Bedingungen hinsichtlich seiner Wirkung ebenso fragwürdig wie die Konzentration von Kindern mit mangelnden Deutschkenntnissen in speziellen Klassen. Diese Feststellung schmälert keineswegs die Anstrengungen einzelner engagierter PädagogInnen, macht aber deutlich, dass das österreichische Bildungswesen gerade in diesem Bereich erhebliche Ausbildungsdefizite aller pädagogischen Berufe zu beheben hat.

Das „Wiener Modell“ sieht vor, dass nur die Schüler eingeschult werden können/dürfen, die über die entsprechenden Deutschkenntnisse verfügen (die Formulierungen sind sehr vage und lassen viel Interpretationsspielraum), die anderen (auch deutschsprachige Kinder mit Sprachdefiziten) werden in die Warteschleife Vorschule geschickt, womit sie in der Regel ein Jahr verlieren. Ob in dieser „Warteschleife“ die gewünschten Sprachfertigkeiten auch entwickelt werden (können), ist auch aus folgenden Gründen fraglich: Der Spracherwerbsprozess hängt von vielen insbesondere soziokulturellen Faktoren ab, d.h. sehr häufig sind Sprachdefizite im Grunde Sozialisationsdefizite. Diese lassen sich nicht so einfach in Sprachkursen von ein paar Wochenstunden, Crashkursen etc. beheben, da sich diese Problemfelder in einem Jahre dauernden Prozess entwickelt haben. Ein spezieller aber keineswegs seltener Fall ist die Halbsprachigkeit, die ein schwerwiegendes Hemmnis für die Bildungskarriere darstellt. Es ist eine naive und unprofessionelle Ansicht zu meinen, es genüge (z.B. pro Schulstandort) einen

---

<sup>14</sup> Ingrid Gogolin, Ursula Neumann, Hans J. Roth (Hrsg.): Sprachdiagnostik bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Dokumentation einer Fachtagung am 14. Juli 2004 in Hamburg. Münster - New York – Berlin - München 2005.

<sup>15</sup> Praxisberichte stammen von Studierenden, die im Rahmen meiner didaktischer Lehrveranstaltungen zum Thema gearbeitet haben bzw. aus eigenen Recherchen.

Deutschförderkurs zusammenzustellen, in dem alle Kinder (mit oder ohne Migrationshintergrund) mit allgemein festgestellten „Mängeln im Deutschen“ ohne Berücksichtigung der Ursachen der Defizite nach einem (einheitlichen) didaktischen Konzept gefördert werden könnten. Wer dies vorhat, organisiert den Misserfolg, weil er nicht zwischen (zumindest) drei Gruppen (von Schulanfängern) differenziert, die unterschiedliche didaktische Zugänge erfordern:

- monolingual deutschsprachige Kinder (mit Defiziten meistens den altersadäquaten Sprachausbau betreffend)
- Kinder nichtdeutscher Muttersprache mit mangelndem Ausbau der deutschen Sprache bzw. gänzlich fehlenden Deutschkenntnissen
- Kinder nichtdeutscher Muttersprache mit unterschiedlichem Grad der Halbsprachigkeit (auch mehrfachen Halbsprachigkeit)

Sowohl für die Defizitanalyse als auch für die didaktische Umsetzung ist professionell ausgebildetes und zusätzlich noch bilinguales bzw. mehrsprachiges pädagogisches Personal (d.h. mit Migrationshintergrund) unabdingbare Voraussetzung.

Ein anderes Problem sind die sog. „Seiteneinsteiger“ (das sind mehrere Tausend pro Jahr in Österreich). Für sie bietet das „Wiener Modell“ keinen Lösungsansatz, allerdings gibt es für diese Schüler eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen, die gleichsam ein „Hineingleiten“ in den regulären Unterricht ermöglichen (Aufnahme als außerordentliche Schüler in den Regelunterricht, Festlegung eines Zeitrahmens für das Nachholen von Gegenständen und das Ablegen von Prüfungen etc.).

In der herrschenden Beschulungspraxis der Stadt Wien – die übrigens im Gegensatz zum Unterrichtsministerium steht – drückt das Verständnis des Integrationsprozesses durch Teile der herrschenden Politik aus: Schüler mit migrantischem Hintergrund werden als Probleme, nicht als Ressource betrachtet. Argumentiert wird (seitens des Wiener Stadtschulrates) die aktuelle restriktive Beschulungspraxis mit dem Hinweis auf die schlechten PISA-Ergebnisse, die somit implizit den Kindern mit migrantischem Hintergrund in die Schuhe geschoben werden. Wenn man in Rechnung stellt, dass ein Großteil dieser Schüler bereits in Österreich geboren ist, d.h. dass diese Kinder ausschließlich österreichische Schulen durchlaufen haben, dann muss wohl eher für allfällige schlechte Ergebnisse das Bildungswesen einer Kritik unterzogen werden, das ganz offensichtlich nicht mit den Anforderungen der sich verändernden Gesellschaft zu Rande kommt und daher dringend reformbedürftig ist.

Aus dem eben dargelegten Problemfeld wird offensichtlich, dass ein differenzierter Umgang mit der Frage der Beschulung und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund bzw. mit „Deutschdefiziten“ unumgänglich ist. Die Politik hingegen tendiert gerade in Bildungsfragen zu unzulässigen populistischer Simplifizierung und monokausalen Erklärungsmustern und beschädigt gerade dadurch den Bildungsdiskurs. Beweist oder demonstriert unübersehbar die Unfähigkeit bzw. den Unwillen komplexe Verhältnisse begreifen und darstellen zu wollen. In Vorwahlzeiten ein Kniefall vor einer sozialdarwinistischen, xenophoben Reaktion?

Würde die Schule reformiert, ihren sozialektiven Charakter, dann würde sich ein Großteil der der migrationspädagogischen Probleme lösen

## Deutsch und behördlich sanktionierte Diskriminierung<sup>16</sup>

Das Deutsche ist im deutschsprachigen Raum das Kommunikationsmedium, das die Voraussetzung für die aktive Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft bietet. Deutschkenntnisse sind ein Angebot mitzumachen und gemeinsam zu handeln. Wer nicht Deutsch kann, ist von der Möglichkeit einer Teilhabe ausgeschlossen (das gilt für Arbeitsmigranten ebenso wie für

<sup>16</sup> Vgl.: Mechtild Gomolla / F.O.Radtke: Institutionelle Diskriminierung. Opladen 2002

Mechtild Gomolla: Institutionelle Diskriminierung

<http://www.migazin.de/2010/04/22/institutionelle-diskriminierung-im-bildungs-und-erziehungssystem/all/1/>

Manager). Der politische Auftrag ist es, die Bedingungen zu schaffen, dass dieses Angebot auch angenommen werden kann.

Der politische Diskurs dreht sich aktuell um die Frage der Bringschuld der Migranten die Deutschkenntnisse betreffend: Sollen Zuwanderer schon Deutschkenntnisse (auf einem bestimmten Niveau) „mitbringen“ oder „dürfen“ sie im Zuge des Einwanderungsprozesses diese erwerben? Und: Sollen Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse in sprachlich/ethnisch homogenen Spezialklassen unterrichtet werden, bis sie sprachlich dem Unterricht folgen können? Diese Fragestellungen sind nicht neu, sie entsprechen den hier schon in früheren Kapiteln angesprochenen restriktiven Denkmustern. Die erste Forderung ist im Prinzip uneinlösbar, wenn man den sozialen Kontext berücksichtigt. Wer hat im Herkunftsland schon Zugang zu einem Deutschkurs? Die zweite Frage ordne ich Geschichtsamnesie zu: Schon in den 70 und 80-er Jahren des 20. Jh. wurden in Deutschland mit Nationalklassen negative Erfahrungen gemacht, diese Modelle haben gezeigt, dass sich weder die Deutschkenntnisse in wünschenswerter Weise gebessert noch die Integrationsprozesse gefördert wurden. In diesen Spezialklassen reduzierte sich die Umgebungssprache Deutsch auf die Kommunikation zwischen Lehrperson und Schülern, selbst die Verpflichtung in den Klassen und in den Pausen ausschließlich Deutsch zu reden brachte keine nennenswerten positiven Ergebnisse. Schon damals war bekannt, dass der Spracherwerb auf der Basis der Förderung der Muttersprache und der Kontaktsituation mit dem authentischen Deutsch (d.h. mit muttersprachlichen gleichaltrigen Kindern) zu organisieren ist selbstverständlich mit entsprechend geschulten Pädagogen. Dass dies immer noch nicht umgesetzt wird, hat möglicher Weise zwei Gründe: Einerseits meint man, buchstäblich „billiger“ davon zu kommen, wenn Ausländer die Deutschkenntnisse schon „mitbringen“ bzw. wenn die Kinder in Spezialklassen zusammengefasst bzw. mit Crashkursen beschult werden. Ökonomisch betrachtet, kommt Österreich mit dieser Praxis ausgesprochen billig davon, wenn man vergleicht, was etwa skandinavische Länder für den Erwerb der jeweiligen Landessprache an Mitteln aufwenden. Das zweite Argument steht in einer gewissen (austrozentrischen kultur- und sozialchauvinistischen) Denktradition: Die Ablehnung der Sprachen BKS, Türkisch u.a. und ihre Diskriminierung hat ihre Wurzel in deren Wertung als „Gastarbeitersprachen“, d.h. Sprachen von vorwiegend manuellen Arbeitern ländlicher Herkunft mit geringer Bildung. Von dieser überheblichen Position aus erscheint es politisch vertretbar und durchsetzbar (die Bevölkerungsmehrheit weiß man hinter sich), allerlei Zwangsmaßnahmen einfordern zu können.

So wie die Politik des Umgangs mit „Fremden“ in Österreich ist auch die Beschulung der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache bzw. mit migrantischem Hintergrund hochemotional dogmatisch wie ideologisch besetzt. In Migrationsbiografien<sup>17</sup> werden immer wieder einzelne Lehrerpersönlichkeiten hervorgehoben, die sich mit besonderem Engagement für das Fortkommen von Zuwandererkindern eingesetzt haben. Die Rede ist aber auch von den Barrieren eines Bildungssystems, das selbst die Mängel produziert, die es beklagt.

Das Lamentieren über mangelnde Deutschkenntnisse ist seit mehr als 30 Jahren ein Stereotyp. Dass das Bildungssystem daraus kaum Konsequenzen gezogen hat, ist der eigentliche Megasandal. Reflexion über diesen gigantischen Feldversuch, über die kontinuierliche Produktion von Misserfolgen fand zwar in der wissenschaftlichen Literatur in den letzten Jahrzehnten statt, nicht aber in der Bildungs- und Integrationspolitik. Was hat die Einwanderungsgesellschaft aus diesen 30 Jahren pädagogischer Erfahrung gelernt und welche Schlüsse hat sie daraus gezogen? Was unternimmt sie, um die Perspektive der gemeinsamen Gestaltung der Zukunft umzusetzen? Das sind die relevanten Fragen, die zu stellen und zu beantworten sind.

Das Kriterium „Deutschkenntnisse“ ist keine *conditio sine qua non* für „Integration“. Deutschkenntnisse sind notwendig aber nicht hinreichend, wie z.B. die Problematik der Integration der deutschen Zuwanderer nach Österreich zeigt. In ihrem Fall kann die Sprachbar-

---

<sup>17</sup> Ich beziehe mich dabei auf Zwischenergebnisse eines von mir initiierten laufenden Projektes

riere wohl nicht ins Treffen geführt werden, wenn Deutsche mit der Integration bzw. der „Einwienerung“ Schwierigkeiten haben.<sup>18</sup>

Das Fremdenrechtsgesetz („Fremdenrechtspaket“) ab 1.7. 2011 hat die Bedingungen für Aufenthalt und Einbürgerung erheblich verschärft, wonach Deutschkenntnisse auf dem Niveau B1 (entspricht 6 Jahren Schulunterricht an Gymnasien) verlangt und Fristen (innerhalb von 18 Monaten A2) verkürzt, Sanktionsmechanismen, die bis zur Ausweisung reichen, installiert wurden. Für die nicht unbeträchtlichen Kurskosten (von bis zu ca 3000.-€) gibt es keinerlei finanzielle Unterstützung. Eine besondere „Rosine“ stellt die Rechtspraxis dar, wonach das Magistrat bzw. die Bezirkshauptmannschaft berechtigt ist, A2 oder B1-wertige Diplome nicht anzuerkennen, wenn der zuständige Beamte der Meinung ist, dass die betreffende Person nicht genügend Deutsch beherrscht. Das ist gesetzlich sanktionierte Anmaßung fachlicher Kompetenz. Das inkludiert auch, dass z.B. ein im Ausland absolviertes Germanistikstudium, oder universitäre Deutsch-Abschlussprüfungen nicht als B1/B2 anerkannt werden. Es sind mir persönlich derartige Fälle (aus der Tätigkeit als SPL in Sachen Anerkennung von Studien) mir persönlich bekannt. Die Betroffenen wurden dann von den Behörden an eine Volkshochschule verwiesen mit der Auflage, dort einen Deutschkurs zu besuchen und die Prüfung zu abzulegen. Das fällt unter die Kategorie staatlich sanktionierter und behördlich praktizierter Diskriminierung. Nebenbei: Die obligatorischen Kurse sind in erster Linie eine gute Verdienstquelle für die Kursanbieter und weniger eine Hilfe zur Integration.

Unabhängig von diesen „Besonderheiten“ ist es auch wenig durchdacht, wenn undifferenziert von allen „Fremden“ dasselbe Sprachniveau verlangt wird, unabhängig von der Berufstätigkeit und der Vorbildung der Migranten. Dazu kommt noch ein Aspekt: Wenn schon von den herrschenden Politik Deutschkenntnisse als *conditio sine qua non* für die Integration stilisiert werden, dann ist schwer einzusehen, warum diese nur bei Nicht-EU-Bürgern eingefordert werden sollen. Denn wenn der Politik eben die Deutschkenntnisse so grundsätzlich erscheinen, dass sie der Mehrheit der Zuwanderer zur gesetzlichen Auflage gemacht werden, dann folgt aus dieser Logik, dass die Auflage der Deutschkenntnisse für alle Zuwanderer unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft gelten müsste.

Ich behaupte nun, dass solange sich die Bildungspolitik als Teil der Integrationspolitik austrozentrierter, kulturchauvinistischer und xenophober Parameter, Denk- und Handlungskategorien nicht entledigt, wird Förderung von Zweisprachigkeit, Muttersprache, Chancengleichheit nur im Rahmen einer Systemkosmetik mit dem Blick nach außen (Imagepflege im Ausland) stattfinden (können). Eine systematische Förderung der Schüler ohne Ansehen des Standes und der ethnischen Herkunft würde hingegen bedeuten, dass entsprechende Didaktiken zum alltäglichen Standard gehören. Wie so etwas funktionieren kann, haben einige Vorzeigeprojekte und Schulversuche<sup>19</sup> hochmotivierter und engagierter Lehrer bewiesen. Nur wenige dieser Projekte haben Einsparungen überlebt.

## Exkurs

Es mag viele Wege und Zugänge geben, die Integration zu fördern. Das nachstehende Inserat aus Deutschland (veröffentlicht u.a. im Spiegel 2012) macht klar, in welche Richtung die Alternative zu Abschottung und Ausschließung gehen könnte. Ich lasse die Frage – quasi als Gedankenexperiment – offen, was und mit welcher medialer Begleitmusik ein derartiges offizielles Inserat in Österreich bewirken würde.

---

<sup>18</sup> Vgl. Norbert Mappes-Niediek: Österreich für Deutsche. Einblicke in ein fremdes Land. Berlin 2001

<sup>19</sup> Gero Fischer (Hg.): Schulversuch muttersprachliche Alphabetisierung VS Kindermannngasse Wien XVII. BMUK Wien 1992

Gero Fischer (Hg.): Interkulturelles Lernen im Team. Schulversuch zur Förderung und Entwicklung der Fachsprache bei SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache an einem ersten Jahrgang einer Handelsakademie und einer ersten Klasse der Handelsschule der bfi Margaretenstrasse. BMUK, Wien 1995, 1996

# Meine Stadt. Mein Land. Meine Aufgabe.

„Ich arbeite gerne mit Kindern.  
Sie zeigen mir jeden Tag,  
wie wichtig es ist, zu lernen  
und zusammenzuhalten.“

## BEHICE ŞENGÜN

geboren in der Türkei, Deutsch- und  
Geschichtslehrerin in Oldenburg



Die  
Bundesregierung

Wir brauchen mehr Menschen wie Behice Şengün. Im öffentlichen Dienst zählt nicht, woher man kommt oder wie man heißt. Sondern ob man bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Der öffentliche Dienst soll so vielfältig sein wie unser Land. Die Bundesregierung fördert das mit dem Nationalen Aktionsplan Integration.

[www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

Ein österreichisches Gegenstück dazu soll nicht vorenthalten werden: Seit Kurzem bewerben die Volkshilfe, das Innenministerium u.a. Institutionen in Wien in einem Inserat „Schulungen für MigrantInnen im Bereich Gesundheit Prävention“. Die Bewerber sollen in 50 Unterrichtseinheiten zu „interkulturellen GesundheitslotsInnen“ ausgebildet werden. Die Perspektive bzw. das Angebot nach der Schulung: „Zusammen mit uns werden Sie dann – ehrenamtlich gegen Aufwandsersatz – Informationsveranstaltungen für Ihre Landsleute durchführen“. An

diesem Projekt kann man ablesen, was unserer Gesellschaft die kulturelle und sprachliche Expertise der Zuwanderer wert ist – nämlich buchstäblich nichts. Aus der Erkenntnis und der Notwendigkeit, dass es neuer Zugänge im Umgang mit Vielfalt in unserer Gesellschaft bedarf, folgt nicht Anerkennung in Form von Professionalisierung und Institutionalisierung sondern schamlose Ausbeutung – eine Wiener Chuzpe sozusagen.

GesundheitslotsInnen Wien

Ethno-  
Medizinisches  
Zentrum e.V.



volkshilfe.



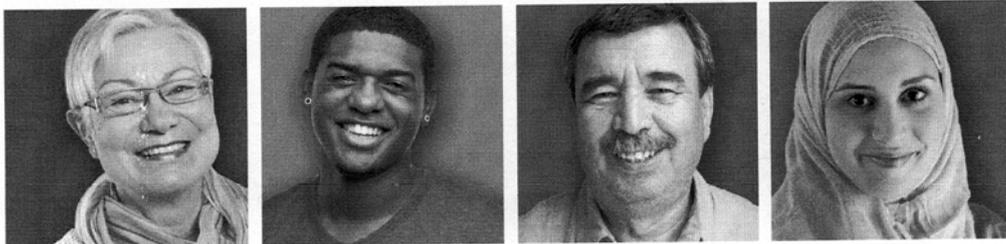
Das Gesundheitsprojekt  
Mit Migranten  
für Migranten

BM.I

BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

Dieses Projekt wird durch das Bundesministerium für Inneres finanziert.

# Wir suchen Migrantinnen und Migranten!



Volkshilfe Wien lädt ein zur...

## Schulung für MigrantInnen im Bereich Gesundheit & Prävention zu interkulturellen GesundheitslotsInnen

Von ExpertInnen erhalten Sie wichtige  
Informationen über ...

- Das österreichische Gesundheitssystem
- Auswirkungen der Migration auf die Gesundheit und Prävention
- Ernährung und körperliche Bewegung
- Seelische bzw. psychische Gesundheit
- Alter – wie halte ich mich gesund?

Nach der Schulung erhalten Sie ein Zertifikat als *interkultureller Gesundheitslotse/interkulturelle Gesundheitslotsin*. Zusammen mit uns werden Sie dann – ehrenamtlich gegen Aufwandsersatz – Informationsveranstaltungen für Ihre Landsleute durchführen.

Haben Sie...

- Interesse an Fragen rund um das Thema Gesundheit?
- gute Kenntnisse der deutschen und Ihrer Herkunftssprache?
- einen guten Zugang zu Ihren Landsleuten?
- den Wunsch die gesundheitliche Lage von MigrantInnen zu verbessern?

Dann würden wir uns über Ihre Teilnahme und Mitarbeit freuen!

Beginn der Schulung: **am 21. November von 17.00 bis 20.30 Uhr**  
50 Unterrichtseinheiten, Mi. abends, Sa. ganztägig; bis Anfang Februar 2013  
**im Habibi-Haus der Bildung und beruflichen Integration**  
Landstraßer Hauptstraße 26, 1030 Wien.

Information und Anmeldung:

Mag.<sup>a</sup> **Petra Dachs**, DGKS, LfGuK • Mag. **Armin J. Hanschitz**, MSc  
Volkshilfe Wien, Margaretengürtel 138-140, 1050 Wien • Telefon: 01/ 33 44 739 DW 16; E-Mail: [mimi@volkshilfe-wien.at](mailto:mimi@volkshilfe-wien.at)



## Schlussbemerkungen

Die aktuell heftig diskutierte Frage des Stellenwertes der Deutschkenntnisse (vor dem Zuzug nach Österreich, vor dem Schuleintritt etc.) verdeckt in Wirklichkeit die Defizite der Bildungs- und Integrationspolitik und schiebt die Schuld für Misserfolge allzu leichtfertig und einseitig den Migranten zu. In Österreich wie in „Deutschland verfrachtet man ‚Problemkinder‘ weiterhin in Sondergruppen, in denen dann das passiert, was der Name schon sagt: Sie sondern aus, sie machen die betreffenden Kinder zu etwas Besonderem, sie zementieren das Stigma. Seit 30 Jahren wird Integration so letztlich als Programm des konstanten Misserfolgs betrieben ...“<sup>20</sup> Das Prinzip des „separatistischen Spracherwerbs“, so Terkessidis<sup>21</sup> „legt eine Norm fest und sondert alle aus, die Defizite in der Sprache haben.“ Diesem ausschließenden Modell ist ein „inklusives Konzept, ein programmatisch interkulturierendes Konzept für ‚Deutsch als Zweitsprache‘ gegenüber zu stellen. Inklusives Spracherwerbskonzept heißt in diesem Zusammenhang, dass die Muttersprachen der Kinder geschätzt werden, was in der Unterrichtspraxis darin zum Ausdruck kommt, dass zwei-(mehr)sprachige Erziehung tendenziell unterstützt wird, dass es im Lehrkörper Kollegen mit Migrationshintergrund gibt, die die Sprachen der Schüler sprechen. Diese Lehrkräfte generieren einen nachhaltigeren Effekt als Promis, die vom Integrationsstaatssekretariat beauftragt sind, als „Integrationsbotschafter“ durch die Schulen zu tingeln und das Konzept „Integration durch Leistung“ zu propagieren. Aber solange Empathie für Zuwanderer (und auch für andere „Andere“<sup>22</sup>) und Ihre Anliegen die Ausnahme in unserer Gesellschaft darstellen, so lange werden wir perspektivisch keine positive nachhaltige Integrationspädagogik (auch im weiteren Sinne) realisieren können – auf keinem Gebiet.

### Was noch gesagt werden sollte

Über den Stellenwert von Bildungs- und Integrationsfragen in der österreichischen Politik, können kaum Zweifel aufkommen. Die bürgerliche Regierungspartei hat jüngst eine neue Bildungssprecherin präsentiert. Aus dem Steckbrief<sup>23</sup>: „Als Familienstaatssekretärin hatte sie zwischen 2007 und 2010 schon Berührungspunkte mit dem Thema Bildung“. Die punktuellen Berührungen gipfeln u.a. in ihrer Erkenntnis: „Es gibt kein Einheitskind, daher ist die Einheitsschule kein Thema“<sup>24</sup> Dann ist ja der Bildungsdiskurs in sicheren Händen ...

Wien, Dez. 2012 – Jan. 2013

---

<sup>20</sup> Mark Terkessidis: Interkultur. Berlin 2010, S. 70

<sup>21</sup> In: Standard: „Sonderklassen sind alte Integrationslogik“ 18.10.2012

<sup>22</sup> In diesen Zusammenhang gehört auch der Hinweis auf andere Beispiele der existierenden exklusiven Praxis gestellt, dass z.B. eine Schülerin mit Hörapparat an einer Wiener öffentlichen Volksschule abgewiesen wurde, oder der oft mühevollen Kampf von Asylwerbern, in Österreich eine Schule besuchen zu dürfen. (vgl. Falter 2380/2012)

<sup>23</sup> Presse 29.12.2012, S. 5

<sup>24</sup> Wörtliches Zitat aus der Presse v. 29.12.2012